

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien 2

Harte Landung in der Realität – Erste Monate der neuen Regierung

Wasserkrieg und Stromkrise

Fahrpreiserhöhungen verschärfen Exklusion in den Städten

Auswertung und Nachlese WM 2014, z.B. aus Fortaleza

Schwerpunktthema: 8. März - Internationaler Frauentag. Gewalt gegen

Frauen - Abtreibung - Marsch afrobrasilianischer Frauen im November 8

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales 10

Aktionen | Kampagnen | Veranstaltungen

#OcupaEstelita Bewegung in Recife

KoBra Frühjahrstagung

Runder Tisch Brasilien

Aktion von Rettet den Regenwald für Rechte der Munduruku

Publikationen

FERN Stolen Goods: The EU's complicity in illegal tropical deforestation

Fatheuer, Russau: Abpiff: Eine kritische Bilanz der Fußball-WM 2014

Eine neue Politik für globale Gerechtigkeit: Zivilgesellschaftliche Forderungen zur deutschen G7-Präsidentschaft

Brasilecium 236: Hoch die internationale... - Über die Notwendigkeit, Solidarität neu zu denken

Gut leben global - Neue Ansätze der Wohlstandsmessung und SDGs für Deutschland

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien

Harte Landung in der Realität – Erste Monate der neuen Regierung

In Brasilien herrscht Katerstimmung. Die Wirtschaft steuert auf eine Rezession zu, Wasserknappheit lähmt die Metropolen, die Strom- und Benzinpreise steigen und Korruptionsesthüllungen rund um den halbstaatlichen Mineralölkonzern *Petrobras*, aber auch die Baukonzerne *Camargo Correa* und *Odebrecht* frustrieren die Bevölkerung. Gleichzeitig werden Arbeitsschutzrechte gelockert und Sozialausgaben gekürzt, die Kritiker*innen gegenüber der teuren und gering nachhaltigen Fußball-Weltmeisterschaft vom Vorjahr sehen sich erneut bestätigt, dass nun die Quittung folgt. Neben der sportlichen Niederlage bei der WM im zurückliegenden Jahr, die die Gemüter kurzfristig erhitzte, sieht sich die Bevölkerung heute ganz anderen Problemen gegenüber. Amtsinhaberin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT, die nach ihrem knappen Wahlsieg mit dem parlamentarischen Ruck zur neoliberalsten und konservativsten Regierung seit 1964 agieren muss, hat Schwierigkeiten, ihre Versprechungen aus dem Wahlkampf nicht alle ins Gegenteil zu verkehren. Von Bildungsprogrammen, Ankurbelung der Wirtschaftsleitung und Korruptionsbekämpfung ist wenig zu sehen.

Das brasilianische Parlament, der Nationalkongress, setzt sich aus zwei Kammern zusammen: Dem Senat und der Abgeordnetenkammer. Eine Studie der gewerkschaftsübergreifenden parlamentarischen Beratungsagentur Diap¹ analysiert, dass im aktuellen Kongress nur noch 59 (früher 85) Abgeordnete und Senatoren arbeitnehmerfreundlich eingestellt seien. Menschenrechtsgruppen und LGBT-Aktivist*innen sehen ihre Positionen ebenfalls geschwächt. Ziele wie die Eheschließung von gleichgeschlechtlichen Paaren, die Entkriminalisierung der Abtreibung und die Legalisierung von Cannabis rücken in weite Ferne. Für Recht-auf-Stadt-Aktivist*innen ist die Ernennung des früheren Bürgermeisters von São Paulo, des rechtspolitischen Gilberto Kassab als Minister für Stadtentwicklung ein Alptraum, eilt ihm doch sein Ruf in Fragen der Gentrifizierung voraus².

Eine starke Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft drückte sich in Demonstrationen mit Hunderttausenden in den brasilianischen Großstädten aus. Rechte Gruppierungen, die Mittel- und Oberschicht drängten auf eine Amtsenthebung der Präsidentin. Dreißig Jahre nach Ende der Militärdiktatur wurden erneut Stimmen laut, die sich die Militärs an die Macht wünschten. Vertreter*innen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sehen sich in der schwierigen Situation, dass sie sich öffentlich hinter Dilma Rousseff, die Arbeiterpartei und den halbstaatlichen Energiekonzern Petrobras stellen müssen, um dem Demonstrationsdruck der rechten Opposition etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig sind sie natürlich unzufrieden mit den immer weiter verebbenden Zielen des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsprogramms ihrer

¹ http://www.diap.org.br/index.php?option=com_jdownloads&Itemid=513&view=finish&cid=2883&catid=41

² <http://reporterbrasil.org.br/gentrificacao/a-era-kassab/>

Regierung.

Als totale Kehrseite der Proteste von 2013 bezeichnet Giuseppe Cocco, Politikprofessor an der *Universidade Federal do Rio de Janeiro* UFRJ die Demonstrationen von 2015 im Interview mit IHU On-Line³. Er stellt fest, dass diesmal weniger junge Leute an den Protesten beteiligt gewesen seien. Wenig Konstruktives, kaum Kreativität und so gut wie keine sozialen Forderungen seien zu vernehmen gewesen. Cocco interpretiert die aktuellen Straßenproteste als Antwort einer seit 2013 verstörten Machtgruppe innerhalb der brasilianischen Gesellschaft, die bei den Medien Unterstützung findet. Als habe seither ein innerer Gärungsprozess der Angst stattgefunden: Vor Gruppen wie dem *Movimento Passe Livre* MPL, streikenden LKW-Fahrern und Müllabfuhr-Arbeitern, der Besetzung des Augusta-Parks in São Paulo durch Aktivist*innen oder kämpferischen Block-Aktivist*innen aus Porto Alegre. Die aktuellen Proteste durch ein konservativeres Publikum zeige, wie aktuell die Debatten vom Juni 2013 nach wie vor seien.

Demonstrant*innen aus jenem Sommer hätten sich jedoch am Ende auch gegen die linke PT und die regierungsnahe Gewerkschaft CUT gewandt, von denen sie sich nicht (mehr) vertreten gefühlt hätten. Bei der Vorbereitung zur WM hätten Zwangsräumungen ärmerer Bevölkerungsschichten im städtischen Raum sowie Großprojekte und Agrobusiness im ländlichen Raum die vorherrschende Politik ausgemacht. PT und Parlament seien dafür gleichermaßen in Haftung zu nehmen, dass indigene Rechte immer weiter zurückgedrängt würden und der Waldzerstörung neue Türen geöffnet worden seien. Der linken Regierung sei daher über die Jahre ihre klassische Gefolgschaft abhandengekommen, was sich nun auch bei Demonstrationen im Stimmungsbild bemerkbar mache. Die Gewerkschaft CUT habe sich meilenweit von der Arbeiterschaft entfernt, besonders in Verhandlungen mit der Automobilindustrie habe sie mehr und mehr Unternehmensinteressen vertreten.

Cocco sieht die PT in der Krise. Er sieht aber auch das kapitalistische Modell weltweit an seine Grenzen kommen. Hier könnten sich die sozialen Bewegungen Brasiliens seiner Meinung nach von den in Europa aus der Krise erwachsenden zivilgesellschaftlichen linken Bewegungen, wie der spanischen *Podemos* inspirieren lassen, um ihre eigene Ideenlosigkeit zu überwinden. Auch ein Blick auf die Verhandlungen der linken *Syriza*-Partei in Griechenland könne lehrreich sein.

Eine Presseschau⁴ zu den Demonstrationen vom 15.03.2015 und ein Interview zu Hintergründen mit dem Journalisten Andreas Behn⁵ finden sich auf der KoBra-Website.

³ <http://www.ihu.unisinos.br/entrevistas/541110-as>

⁴ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/grossdemonstrationen-gegen-dilma-regierung-in-brasilien>

⁵ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/grossproteste-fuer-und-gegen-die-regierung-was-ist-da-eigentlich-los>

Wasserkrieg und Stromkrise

In den Metropolstädten Rio de Janeiro und São Paulo herrschte zu Jahresbeginn Wassermangel. Dem drohenden Versorgungszusammenbruch nach wochenlanger Trockenheit begegnet die Regierung damit, tageweise das Wasser abzustellen oder mit privat finanzierten, kostenintensiven Tankwagenladungen kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Außergewöhnliche Trockenzeiten und strukturelle Probleme des Landes bei der Wasserversorgung wirken sich auch auf die Stromproduktion und -versorgung aus. Brasiliens Strom wird zu 80 Prozent aus Wasserkraft gewonnen. Der Bevölkerung in den Großstädten im Süden des Landes wird erst das Wasser und dann der Strom abgestellt. Wasser wird zur Luxusware, die Medien sprechen bereits von einem Wasserkrieg, da die Städte Rio de Janeiro und São Paulo auf das Wasser aus denselben Flüssen zugreifen. Die Trinkwasserspeicher in den Bundesstaaten Rio de Janeiro und São Paulo sind fast völlig erschöpft und brauchen nach Einschätzung von Experten Jahre, um sich zu erholen. Laut Schätzungen sind 77 Mio. Menschen von der Wasserkrise betroffen. Als Ursache gelten mangelndes Problembewusstsein im alltäglichen Umgang mit einer knappen Ressource sowie undichte Rohre, Leitungen und Hydranten. Laut Erhebungen des Ministeriums für Stadtplanung wurden 2013 37 Prozent der Wassermenge vergeudet⁶. Kritisch ist in wasserarmen Zeiten vor allem der Hauptwasserverbraucher Agrarindustrie. Soja und Mais werden auf riesigen Flächen angebaut, hinzu kommt die Viehzucht. Die industrialisierte Landwirtschaft hat keine Hemmungen beim Wasserverbrauch, 70 Prozent des Trinkwasserverbrauchs gehen auf ihre Kappe. In den vergangenen vier Jahren sei sie nach Angaben des Klimaforschers Alexandre Costa von der Universität Céara für eine Zunahme beim Wasserverbrauch von 88 Prozent verantwortlich, die Bevölkerung lediglich für eine Zunahme von zwei Prozent.

Die Bewegung der obdachlosen Arbeiter*innen MTST hat 15.000 Menschen für einen Wasser-Marsch in São Paulo mobilisiert. Die Aktivist*innen wandten sich mit Forderungen an den zuständigen Bürgermeister Edson Aparecido und konnten nach Verhandlungen Ergebnisse präsentieren: MTST und andere soziale Bewegungen werden in das städtische Krisenmanagement mit einbezogen. Ein Ausschuss soll die Gegenden mit chronischem Wassermangel analysieren. Tankwägen oder Wassertürme sollen die Versorgung in der Peripherie sicherstellen. Eine Auflistung von Unternehmen, die einen hohen Wasserverbrauch haben, soll erstellt werden. Keine Einigung konnte über die Erhöhung des Wasserpreises und entsprechender Strafen bei Zahlungsunfähigkeit erzielt werden. MTST versprach, die Einhaltung der Absprachen zu überwachen und betonte erneut, dass die Wasserkrise nicht auf dem Rücken der sozial Schwächsten ausgetragen werden dürfe. Die Stiftung Gétulio Vargas – DAPP *Diretoria de Análise de Políticas Públicas*⁷ bietet im Netz ein Austauschforum zu

⁶ Ministério das Cidades, Décima nona edição do “Diagnóstico dos Serviços de Água e Esgotos”, do Sistema Nacional de Informações sobre Saneamento – SNIS, referente ao ano de 2013. Acesso em fevereiro de 2015, página 33.

⁷ <http://dapp.fgv.br/node/527#.VPc00LU5Bdg>

städteplanerischen und infrastrukturellen Bedürfnissen der Zivilgesellschaft an und schätzt über einen sogenannten Landespuls die Betroffenheit ein. Die Wasserkrise 2015 hat sich gegenüber der Situation des Vorjahres verschärft und braucht dringend strukturelle Anpassungen.

Fahrpreiserhöhungen verschärfen Exklusion in den Städten

2013 hatten die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, ausgelöst von der Bewegung *Passe Livre* MPL⁸, erst in São Paulo brutale Übergriffe der Polizei zu verzeichnen und danach die Bevölkerung in landesweiten Protesten zu Hunderttausenden auf die Straße getrieben. Um das Thema Nulltarif der Bewegung ist es inzwischen nicht ruhiger geworden, zumal die Bürgermeister der Großstädte und die Landesregierungen mit der Fahrpreiserhöhung auf 3,40 Réais (derzeit ca. 1 Euro) ein neues Zeichen der sozialen Exklusion gesetzt haben. Die Erhöhung macht 16,6 Prozent⁹ aus und ist seit 6. Januar in Kraft. Die Proteste mobilisierten zum Jahresbeginn in São Paulo laut Veranstalter 30.000 Menschen, in Rio und Salvador da Bahia gingen jeweils Hunderte auf die Straßen. In São Paulo wurden 50 Menschen festgenommen.

Die Militärpolizei von Rio de Janeiro hat inzwischen angekündigt, ihre Präsenz für Festnahmen bei Überfällen organisierter Banden an den Stränden im Süden von Rio de Janeiro zu erhöhen. In Wirklichkeit geht es bei dieser Aktion darum, die Kontrolldichte und den Druck auf die Buslinien, die aus dem Norden der Stadt kommen, zu erhöhen¹⁰. Die Busse befördern Bewohner*innen der Favelas Jacarezinho und Complexo Alemão, unter ihnen viele Afrobrasilianer*innen. Das Vorgehen wird im ganzen Bundesstaat beobachtet und gibt der gezielten Fahrpreiskontrolle einen rassistischen Beigeschmack. Ohne den Nulltarif wird Arbeiter*innen und finanziell Schwachen der Zugang zu öffentlichen Erholungsflächen wie den Stränden im Süden der Stadt verwehrt. Eine Privatisierung der Strände wird bereits in elitären Kreisen diskutiert, Eine Zugangsregelung über einen finanziellen Beitrag würde den Strand ausschließlich einer Elite vorbehalten. In Rio de Janeiro lebt mit 37 Millionen Afrobrasilianern die zweitgrößte Community des Landes. Laut Angaben von *Ipea* aus dem Jahr 2010 gehen afrobrasilianische Arbeiter*innen zu Fuß, weil sie sich den teuren öffentlichen Transport nicht leisten können. Die Bewegung MLP setzt sich dafür ein, dass einfachen Arbeiter*innen die gleichen Rechte auf Erholung im öffentlichen Raum zugestanden werden, ohne dass sie vorneherein als kriminell stigmatisiert werden.

Auswertung und Nachlese WM 2014

Wer noch einmal im Detail nachvollziehen möchte, welche Folgekosten z.B. die einzelnen

⁸ <http://tarifazero.org/2015/02/20/o-prefeito-e-o-gerente/>

⁹ <https://amerika21.de/2015/01/110569/fahrpreiserhoehung-sao-paulo>

¹⁰ <http://tarifazero.org/tag/direito-a-cidade/>

Stadien den zwölf Austragungsorten der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 bescheren, dem sei die Lektüre der Auswertung der Spiele durch die *Comitês populares*¹¹ empfohlen, die im November erschienen ist. Sie liefert einen umfassenden Überblick über alle Kosten und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem sportlichen Großereignis.



Beispielhaft seien an dieser Stelle die **Auswirkungen der WM für die Stadt Fortaleza** vorgestellt: 5.500 Familien waren dort durch die WM von Zwangsräumung betroffen oder bedroht, 20.000 Menschen waren es, wenn man Alto da Paz dazurechnet, wo wegen neuer Bebauung geräumt werden sollte. Zur Erinnerung: Das nationale zivilgesellschaftliche Bündnis gegen die WM *ANCOP* schätzt, dass landesweit in Brasilien insgesamt 250.000 Personen wegen der sportlichen Großereignisse WM und Olympia von Zwangsräumung betroffen oder bedroht waren und sind.

Die S/U-Bahn (VLT) in Fortaleza wurde nicht nach den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung an den öffentlichen Nahverkehr konzipiert, sondern diente lediglich der Anbindung des Hotelsektors an das Stadion. Ihr Bau trug sogar zur städtebaulichen Benachteiligung von städtischen Bevölkerungsgruppen bei. Einerseits passierte dies durch erhöhte Wohnraumpreise auf Grund von Immobilienspekulation entlang der Strecke. Andererseits durch willkürliche Vertreibung von Siedlungen, denen man das Wohnrecht im Zentrum der Stadt untersagte.

Wie viele andere Infrastrukturprojekte wurde die Strecke nicht rechtzeitig zur WM fertig. Auf der Reststrecke verkehrte während der WM-Austragung eine Buslinie. 42 Gemeinden sollten entlang der Strecke ihre Häuser aufgeben. Teilweise wohnten die Menschen dort seit fast 50 Jahren. Im Juli 2010 war ein Informationsbrief eingegangen, die Häuser seien fotografiert und vermessen worden und müssten für das Bauvorhaben abgerissen werden. Angebotene Entschädigungssummen lagen im niedrigsten Fall bei 3.000 Reais (ca. 870 Euro), bei fehlendem Grundstückspapieren wurde die Entschädigung noch weiter gekürzt. Einer Schätzung von 12.000 Reais (ca. 3.500 Euro) stand die Einschätzung des Eigentümers in Höhe

¹¹ http://www.kooperation-brasilien.org/de/kick-for-one-world/aktuelles/ANCOP_Dossie2014_WEB.pdf

von 40.000 Reais (ca. 11.600 Euro) gegenüber.

Es gab in den Verhandlungen das Angebot, in die Cidade 2000 umzuziehen, eine fernegelegene Neubausiedlung, die noch nicht fertig war. Da sich die Häuser der zu räumenden Siedlungen z.T. die Zwischenwand teilen, bangten Nachbarn, deren Nachbarn einer Entschädigung zugestimmt hatten, schließlich um ihre Haushälfte.

Folgende Siedlungen waren betroffen: Jangadeiros, Rio Pardo, Lauro Vieira Chaves, Jaoa XXIII, Mucuripe und Trilha do Senhor.

Die Siedlung Mucuripe wurde teilweise geräumt, verbleibende Bewohner*innen hielten weiter zusammen. Zu Beginn war eine Räumung entlang eines Streifens von 14 bis 20 Metern von den Gleisen vorgesehen. Nach anhaltendem Widerstand wurde dieser Streifen auf sieben Meter verringert. Bei der Schätzung der Hauswerte kam es zu neuen Ungerechtigkeiten, gegen die sich der Widerstand richtete. Abfindungszahlungen wurden vor Ort festgesetzt, um darüber bei der Justiz die Erlaubnis zur Zwangsräumung zu erwirken. Die, die zustimmten, erhielten hinterher oft nur die Hälfte des Geldes. Selbst die, die die volle Abfindung erhalten haben, können sich von dem Geld kaum einen vergleichbaren Wohnraum kaufen.

In der Siedlung Lauro Vieira Chaves sollten 203 Familien geräumt werden. 66 haben zugestimmt, wegzuziehen. 13 haben ein nahegelegenes Baugebiet als Ersatz ausgehandelt. Zuletzt gab es Anzeichen, dass die städtischen Behörden sich womöglich doch nicht an ihre Abmachung halten. Gerüchte wurden laut, es habe eine Zustimmung zur Verbreiterung einer Avenida gegeben. Die Bewohner*innen schickten einen Brief mit der Bitte um Informationen an das Infrastrukturministerium. Es kam keine Antwort. Ein Erfolg für die Siedlung war die Umlegung der Bahntrasse der S-Bahn.

Der Stadtbus BRT (bus rapid transport) umfasst in Fortaleza vier Buslinien mit Haltestellen und Bus-Bahnhof, er verbindet ein Streckennetz von 20 Kilometern. In ganz Brasilien waren 250 km Bus-Liniennetze neu geplant. Auch dieses Projekt wurde nur teilweise 2014 fertig.

Flughafenerweiterung und Hafenausbau in Fortaleza sind ebenfalls nicht fertig geworden. Beim Flughafen wurden zusätzliche Provisorien gebaut.

Die Dokumentation würdigt die Erfolge des zivilen Widerstands: Die Streckenführung der S-Bahnlinie wurde modifiziert. Es kam in der Folge zu weniger Vertreibungen als ursprünglich geplant. Hausbesitzer mit einem geschätzten Eigentumswert über 40.000 Reais wurde eine Wohnung im Tausch angeboten. Diese lag im gleichen Viertel und nicht (wie ursprünglich von der Verhandlungsseite angeboten) bis zu 14 km entfernt. Ein freistehendes Grundstück, das der Gemeinde gehörte, wurde im Tausch erhandelt. Dort wurden Neubauwohnungen versprochen, die noch 2014 bezugsfertig sein sollten.

Die Finanzierung des Stadions Castelão verschlang 518,6 Mio. Reais, 194,4 Mio. Reais investierte der Bundesstaat Ceará und 351,5 Mio. wurden von der staatlichen Entwicklungsbank BNDES geliehen. Der brasilianische Staat muss nun acht Jahre lang Schulden mit monatlich 407.000 Reais begleichen, obwohl es in Fortaleza keinen Verein gibt, der in der ersten Liga spielt und das Stadion leerzustehen droht.

Im September 2014 erschien die Abhandlung *DOSSIÊ VIOLAÇÕES AO DIREITO AO TRABALHO E AO DIREITO À CIDADE DOS CAMELÔS NO RIO DE JANEIRO*¹² Sie beschäftigt sich mit der Benachteiligung von Straßenhändler*innen bei Megaevents. Die Menschenrechtsorganisation *Plataforma Dhesca Brasil* hat in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung aufbauend auf den Erfahrungen der WM die Olympischen Sommer-Spiele, die 2016 nach Rio de Janeiro kommen werden, in den Blick genommen. Das Dossier analysiert die Situation im Detail und gibt am Ende Empfehlungen ab, mit denen die Rechte von Händler*innen ohne Ladengeschäft gestärkt werden könnten.

Schwerpunkt: 8. März - Internationaler Frauentag

Gewalt gegen Frauen – Abtreibung – Afrobrasilianischer Frauenmarsch im November

An den Demonstrationen zum internationalen Frauentag in São Paulo nahmen über fünftausend Teilnehmer*innen teil. Ihre Forderungen gelten der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, der Legalisierung der Abtreibung und dem Anspruch auf mehr Berücksichtigung von frauenrechtlichen Belangen bei der Ausgestaltung der Regierungspolitik¹³.

Gewalt gegen Frauen ist in Brasilien ein alltägliches Thema. Im internationalen Vergleich liegt Brasilien bei der Tötung von Frauen an siebter Stelle. Daten des brasilianischen Forums für Öffentliche Sicherheit belegen, dass in Brasilien alle 12 Sekunden eine Frau vergewaltigt wird. Untersuchungen der Stiftung Perseu Abramo weisen nach, dass landesweit alle zwei Minuten fünf Frauen geschlagen oder verprügelt werden.

Nach einer Studie des staatlichen Forschungsinstituts *Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (Ipea)* ist die häusliche Gewalt gegen Frauen in den Jahren 2006 bis 2011, den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes Maria da Penha¹⁴ um zehn Prozent gesunken. Nach Beurteilung von Frauenrechtlerinnen ist dies zwar ein Erfolg, die Durchsetzung des Gesetzes und die Anzeige von häuslichen Gewaltdelikten sei in der von Männer-Dominanz beherrschten Welt der Polizeistationen und Gerichte jedoch immer noch problematisch. Für mehr Informationen zum Gesetz Maria da Penha siehe auch Christian Russaus Beitrag auf der KoBra-Website (siehe Fußnote 14).

Eine Legalisierung der Abtreibung steht bei Frauenrechtler*innen ebenfalls auf der Agenda

¹² http://www.observatoriodasmetropoles.net/download/Dossi%C3%AA_Camel%C3%B4s_2014.pdf

¹³ <http://www.brasildefato.com.br/node/31499>

¹⁴ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/neue-studie-zum-gesetz-maria-da-penha-zum-schutz-von-frauen-vor-haeuslicher-gewalt>

und die Rufe dazu fehlen bei keiner Demonstration. Die Zahl der Frauen, die sich jährlich in Brasilien wegen einer Abtreibung in die Illegalität begeben müssen, wird auf eine Million geschätzt. Sie bringen sich mit dieser Entscheidung in Gefahr, da die Kliniken nicht über die notwendige Ausstattung verfügen oder der Abort von nicht ausgebildeten Personen erfolgt, ohne medizinische Absicherung im Hintergrund. Die Frauen stammen aus finanziell prekären Verhältnissen, viele sterben bei dem Eingriff. Die illegale Abtreibung steht bei den Ursachen der Müttersterblichkeit in Brasilien an fünfter Stelle. Frauenrechtlerinnen kämpfen für die Legalisierung der Abtreibung, um ungewollt schwangeren Frauen eine Entscheidung zu ermöglichen, die sie innerhalb eines rechtlich und medizinisch geschützten Rahmens treffen können. Klar ist jedoch auch, dass Unterstützungsangebote und eine auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtete Sozialpolitik die Abtreibungsrate senken könnte, allerdings muss es dazu ein legales Beratungs- und Unterstützungsangebot geben, das in der bisherigen illegalen Situation gar nicht vorgesehen ist.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, dass weltweit jährlich 22 Millionen Abtreibungen unter gesundheitlichem Risiko der Mütter stattfinden. Ungefähr 47.000 Frauen sterben an den Folgen, weitere fünf Millionen bleiben mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen zurück.

Ein Beispiel für gesundheitspolitischen Fortschritt ist Uruguay, wo die Abtreibung 2012 legalisiert wurde. Nach offiziellen Zahlen ging die Müttersterblichkeit daraufhin deutlich zurück (von Dezember 2012 bis Mai 2013 sogar gegen Null), die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sank von 33.000 auf 4.000 im Jahr. In Uruguay hatte die Regierung zeitgleich mit der Legalisierung ein Gesundheitsbildungspaket aus Sexualaufklärung, Familienplanung und entsprechende Beratungsstellen aufgelegt.

Brasilien hat beim Thema Abtreibung derzeit keine günstige politische Konstellation. Der Präsident der brasilianischen Abgeordnetenkammer Eduardo Cunha von der PMDB hat sich bereits öffentlich gegen eine Legalisierung ausgesprochen.

Einige Demonstrantinnen gehören der afrobrasilianischen Bewegung an, sie sind in Gruppen wie der *União Negras Pela Igualdade* organisiert. Sie kämpfen gegen alltägliche Formen von Rassismus und Sexismus, die sich in Institutionen und Strukturen verbergen. In Brasilien leben 49 Millionen afrobrasilianische Frauen, also 25% der brasilianischen Bevölkerung¹⁵. Sie stehen in der Einkommenspyramide ganz unten, machen in der Regel die miesesten Jobs, haben die

niedrigsten Einkommen und bekommt nur mühsam Zugang zu Arbeit. Häufig leben sie an der Peripherie der Städte, im schlimmsten Fall müssen sie den Tod ihrer Kinder erleben, die Opfer des so genannten Genozids an der schwarzen Jugend



werden.

Die Forderungen der afrobrasilianischen Frauen beinhalten Quotenregelungen, um soziale Benachteiligungen aufbrechen zu können. Sie setzen sich für ihre Anerkennung als Quilombolas ein, denen in der Verfassung garantierte Landrechte zustehen. Ihr Kampf gilt einer gerechten Teilhabe an öffentlichen Gütern wie Gesundheitsversorgung, Bildung, rechtem Wohnen etc. Am 18. November 2015¹⁶ wird in ganz Brasilien erstmalig ein Marsch der afrobrasilianischen Frauen stattfinden.

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

Aktionen | Kampagnen | Veranstaltungen

Im Februar berichtete Julie Costa in Freiburg auf eine **KoBra-Veranstaltung von den Besetzungen der #OcupaEstelita Bewegung in Recife**. Die Folien des Vortrags¹⁷ können auf der KoBra-Website eingesehen werden. Im Frühsommer 2014 fand auf dem Gelände *Cais Estelita* eine Art stadtplanerisches Experiment statt: Eine Besetzung des Geländes realisierte zumindest in einem ersten Schritt die Idee einer partizipativen Stadt. Das Gelände am Hafen, durch historische Lagerhallen für Zucker geprägt, soll einem exklusiven Geschäftsviertel mit vielstöckigen Hochhäusern weichen, die Bevölkerung wehrt sich dagegen. Die Besetzung wurde im Juli 2014 geräumt, doch die Initiative *Ocupe Estelita* lebt weiter.

Auf der **KoBra-Frühjahrstagung**¹⁸ „Hoch die internationale... – Über die Notwendigkeit, Solidarität neu zu denken“ werden wir vom 17.-19.04.2015 in Niederkaufungen bei Kassel den Solidaritätsbegriff kritisch diskutieren. Dabei sollen aktuelle theoretische Konzepte wie Post-Development und postkoloniale Theorien ebenso in die Überlegungen mit einfließen, wie unsere eigenen Reflexionen und Erfahrungen.

Der **Runde Tisch Brasilien**¹⁹ 2015 wird vom 27.-29.11.2015 im Kloster Höchst zum Themenkomplex um traditionelle Völker und Gemeinschaften stattfinden. Gäste aus Brasilien werden ihren Kampf um Territorien und juristisch abgesicherten Landzugang, aber auch ihren Weg der Identitätsfindung darlegen. Traditionelle Völker und Gemeinschaften leisten einen Beitrag zur Etablierung nachhaltiger Lebensstile. Mit gesichertem Landzugang schaffen sie Perspektiven geben die Binnenmigration in die großen urbanen Zentren. Ihr Kampf und ihr

¹⁶ <http://www.2015marchamulheresnegras.com.br/agenda-da-marcha>

¹⁷ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/stadt/OcupeEstelita.pdf>

¹⁸ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/mitgliederversammlung-und-fruehjahrstagung>

¹⁹ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2015-1/rtb-2015>

Beitrag zur aktuellen globalen Klimaschutzdiskussion wird auf der Tagung gewürdigt werden. Ob die Konzepte auch Perspektiven für die Jugend im ländlichen Raum bieten, werden wir hinterfragen und auch die Widerstände, denen sich Menschenrechtsverteidiger bei ihrer Arbeit gegenübersehen analysieren.

Eine **Petition von Rettet den Regenwald**²⁰ wendet sich an Präsidentin Rousseff und Vertreter der deutschen Wirtschaft. Sie setzt sich für die Rechte der Munduruku-Indigenen ein, die von den geplanten Staudämmen am Rio Tapajós bedroht sind. Millionen Bäume sind vom Staudamm São Luiz do Tapajós bedroht, Dörfer sind dem Untergang geweiht. Brasiliens Regierung will rücksichtslos Amazoniens Flüsse zähmen, um die Wirtschaft mit billigem Strom zu versorgen. Die Natur und die Rechte der Einheimischen zählen wenig.



Publikationen

Die Umwelt- und Klimaschutzorganisation **FERN** legt ihren Fokus auf Waldschutz und soziale Gerechtigkeit für lokale Bevölkerungsgruppen, die auf den Walderhalt angewiesen sind. Sie analysiert dafür auch die politischen und marktwirtschaftlichen Mechanismen der Europäischen Union.

In ihrem aktuellen Bericht ***Stolen Goods: The EU's complicity in illegal tropical deforestation***²¹ weisen die Forscher*innen auf Datenbasis aus dem Jahr 2012 nach, wie der Konsumhunger in der EU die illegale Abholzung tropischer Waldflächen anheizt. In diesem Zeitraum wurden Güter im Wert von sechs Milliarden Euro in die EU importiert, die von illegal gerodeten Waldflächen vor allem in Indonesien und Brasilien stammen. Dort werden Rodungen von Expert*innen zu 80-90 Prozent als illegal eingestuft. Fast ein Viertel aller Güter auf dem Weltmarkt, die auf illegal gerodeten Waldflächen erzeugt werden, landet in der EU. Herausragend in Bezug auf ihren Verbrauch sind die Länder Deutschland, Niederlande, Frankreich und Großbritannien. Soja, Palmöl, Rindfleisch und Lederprodukte sind auf dem europäischen Markt sehr gefragt, ohne, dass ihre Erzeugung beim Einkauf hinterfragt würde. Auf Deutschland bezogen weisen die Daten auf einen herausragenden Konsum von Palmöl hin, das in der Kosmetik- und Lebensmittelindustrie eingesetzt wird.

FERN fordert von der EU einen Aktionsplan zur Eindämmung des Konsums von Gütern aus waldzerstörerischer Produktion. Die EU müsse ihre Marktmacht einsetzen, um in den Produktionsländern Reformen anzuschieben und die Produktion von waldzerstörerischen Konsumprodukten zu unterbinden. Eine Politik in diese Richtung diene auch dem

²⁰ <https://www.regenwald.org/aktion/977/munduruku-wollen-millionen-baeume-vor-rodung-fuer-staudamm-retten>

²¹ <http://www.fern.org/stolengoods>

Klimaschutz. Für weitere Informationen siehe auch den Artikel *EU-Konsumhunger frisst Wald* bei natur.de²².

Eine kritische Auswertung der Fußball-WM in Bezug auf ihre Kosten und die Auswirkungen auf die Tourismusbranche in Brasilien liefern Thomas Fatheuer und Christian Russau in *Abpfiff: Eine kritische Bilanz der Fußball-WM 2014*²³. Das Heft ist in der Reihe Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen.



Eine neue Politik für globale Gerechtigkeit: Zivilgesellschaftliche Forderungen zur deutschen G7-Präsidentschaft²⁴ Die Bundesregierung ist Gastgeberin des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Sieben (G7) am 7. und 8. Juni 2015 in Elmau bei München. Internationale Politik ist heute von zahlreichen Konflikten, Krisen und Unsicherheiten geprägt.



VENRO und das Forum Umwelt und Entwicklung – fordern die Bundesregierung dazu auf, ihre Präsidentschaft zu nutzen, eine neue Politik einzuleiten: Die Bundesregierung muss Gerechtigkeit ganz oben auf ihre Agenda setzen. Sie muss den G7-Gipfel als Meilenstein zur Überwindung weltweiter Ungleichheit und für nachhaltiges Wirtschaften unter Berücksichtigung der planetarischen Grenzen verstehen. Der Gipfel muss konkrete und konstruktive Beiträge zur Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung liefern und Antworten geben auf die Krise neoliberaler Austeritäts- und Handelspolitik, auf die weltweit wachsende soziale Ungleichheit, auf die massive ökologische Krise und den fortschreitenden Klimawandel.

Im März 2015 ist das aktuelle **Brasilicum 236 Hoch die internationale... - Über die Notwendigkeit, Solidarität neu zu denken**²⁵ erschienen. Es dient der Reflexion innerhalb des Netzwerks über die Grundlage der Solidarität als Brücke zwischen Brasilien und Deutschland, hinterfragt aber auch den veränderten Umgang mit dem Begriff in Zeiten von Postkolonialismus und Post-Development.



²² <http://www.natur.de/de/20/EU-Konsumhunger-frisst-Wald.1..1601.html>

²³ <http://www.rosalux.de/publication/40914/abpfiff.html>

²⁴ http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/Neue_Politik_fuer_Globale_Gerechtigkeit_g7.pdf

²⁵ <http://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/brasilicum/236-hoch-die-internationale-..>

Gut leben *global* - Neue Ansätze der Wohlmessung und SDGs für Deutschland²⁶

Im September 2015 wollen die Vereinten Nationen die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung beschließen. Einen zentralen Baustein dieser Agenda bilden zukünftige Ziele für nachhaltige Entwicklung, die SDGs. Sie sollen universelle Gültigkeit besitzen und sind damit auch für Deutschland relevant.



Eine wesentliche Frage lautet in diesem Zusammenhang, mit welchen Indikatoren Armut, Wohlstand und Entwicklung – und damit auch die Umsetzung der SDGs – gemessen werden sollen. Die Auseinandersetzung über alternative Wohlstandsmaße hat gerade in den letzten Jahren einen wahren Boom erlebt, auch in Deutschland. Für das Jahr 2016 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungsstrategie „gut leben – Lebensqualität in Deutschland“ angekündigt. Sie soll auch ein neues Indikatorensystem zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland enthalten. Der Report vom Global Policy Forum und terre des hommes liefert Hintergrundinformationen und Denkanstöße zu diesen Diskussionen. Im ersten Teil stellt er, ausgehend von der Kritik am BIP, das breite Spektrum alternativer Ansätze der Wohlstands- und Armutsmessung vor. Der zweite Teil widmet sich der Diskussion über die Post-2015-Nachhaltigkeitsziele. Er erklärt, worum es dabei geht, informiert über den Stand der Debatte in den Vereinten Nationen und skizziert Elemente eines möglichen Sets von Nachhaltigkeitszielen für Deutschland. Wesentliche Bestandteile sind dabei Ziele und Indikatoren zur internationalen Verantwortung Deutschlands und seinem Beitrag zur globalen Nachhaltigkeit. Denn gutes Leben darf nicht isoliert oder gar auf Kosten anderer erfolgen. „Gut leben in Deutschland“ muss auch heißen „gut leben *global*“.

²⁶ https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Gut_leben_global-web.pdf